



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Uwe Eichelberg (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung – Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Zukunft von HDW

1. Hat die Landesregierung Bedenken gegen den Verkauf der Babcock-Anteile an HDW an einen US-Fonds?

Wie begründet die Landesregierung ihre Position?

Änderungen der Beteiligungsstruktur der HDW sind unternehmerische Entscheidungen, auf die das Land seit Veräußerung seiner Anteile im Jahr 1990 keinen direkten Einfluss hat. Unabhängig davon setzt sich die Landesregierung nachhaltig dafür ein, dass der Wertstandort Kiel bei Entscheidungen über die Beteiligungsverhältnisse an dem Unternehmen gestärkt und die Funktion der HDW als Universalwerft erhalten bleibt. Der neue Mehrheitsaktionär One Equity Partners (OEP) hat sich verpflichtet,

- die HDW als unabhängige deutsche Universalwerft zu erhalten

- die Beteiligung für mindestens zwei Jahre zu behalten, danach für weitere drei Jahre deutschen Interessenten ein Vorkaufsrecht und für zusätzliche 5 Jahre ein Andienungsrecht einzuräumen
- während dieser 5 Jahre keine Dividende zu vereinbaren
- nicht in das operative Geschäft der HDW einzugreifen
- sicherzustellen, dass weder direkt noch indirekt Technologietransfer der U-Boot- und Stealth-Corvetten-Technologie erfolgt und
- sicherzustellen, dass die HDW auch weiter im Rahmen der deutschen Gesetzgebung, insbesondere unter Beachtung des Kriegswaffenkontrollgesetzes, handelt.

Der Weg zu einem europäischen Werftenverbund wird offen gehalten. Unter der Voraussetzung einer vorherigen Übernahme durch OEP zu 100% wurde den Unternehmen ThyssenKrupp AG sowie Ferrostaal AG eine Übernahme von Anteilen in Höhe von jeweils 15% an HDW angeboten.

2. Wie viele Forschungs- und Fördermittel des Bundes und des Landes sind bisher in die Weiterentwicklung des Militärschiffbaus bei HDW für U-Boote und Überwasserkampfschiffe geflossen?

Aussagen sind aus Gründen des Schutzes betriebsbezogener Daten nicht möglich.

3. Wie steht die Landesregierung zu den Überlegungen der Firma Babcock, dass 20 % des HDW-Stammkapitals an den US-Rüstungskonzern Northrop Grumman oder an einen anderen strategischen Partner veräußert werden sollen?

Die Landesregierung hat sich gegenüber allen Beteiligten nachdrücklich dafür eingesetzt, dass die in der Antwort zu Frage 1 genannten Bedingungen strikt eingehalten werden. Insbesondere hat sie in entsprechenden Gesprächen klargestellt, dass sie auch für den Fall des Verkaufs von HDW-Anteilen an den genannten Rüstungskonzern und/oder etwaige Partner-Unternehmen erwartet, dass auch die neuen Aktionäre die von One Equity-Partners abgebenen Verpflichtungen übernehmen.